

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 8. März 1879.

Nr. 114.

Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 7. März.

Präsident von Forckenberg eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Hofmann, Dr. Friedberg, von Fabre du Faur.

Tagesordnung:

I. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder.

Die Diskussion über die §§ 1—4 der Vorlage wird verbunden.

Hierzu liegen Anträge der Abgg. v. Hellbreich u. Gen. vor, die §§ 3 und 4 wie folgt zu fassen:

§ 3. Der Reichstag ist befugt, in seiner Geschäftsordnung zu bestimmen, daß ein Mitglied im Wege der Disziplin aus dem Reichstage auf eine gewisse Zeitdauer, jedoch höchstens bis zum Ende der Session, ausgeschlossen werden kann. Die Ausschließung eines Mitgliedes hat den Verlust der Wahlbarkeit für die Dauer der Ausschließung zur Folge.

§ 4. Der Reichstag ist befugt, in seiner Geschäftsordnung zu bestimmen, daß, wenn ein Mitglied wegen einer in öffentlicher Sitzung des Reichstages gethanen Äußerung zur Verantwortung gezogen wird, diese Äußerung von der Aufnahme in den stenographischen Bericht ausgeschlossen werden kann.

Abg. Dr. von Treitschke: Der Herr Reichskanzler hat als den Hauptgedanken, die ihn bei dieser Vorlage geleitet haben, uns gesagt, daß es wesentlich zwei Gründe waren, welche die Nothwendigkeit der Vorlage begründen. Einmal solle verhindert werden, daß unter dem Schutze der parlamentarischen Redefreiheit strafbare Reden nach außen hin verbreitet werden und zweitens solle das vorliegende Gesetz eine Ergänzung des Sozialistengesetzes darstellen. Obgleich ich ein Gegner dieser Vorlage bin, so erkenne ich doch die Hauptgedanken des Herrn Reichskanzlers an. Die Durchführung des Gesetzes über die Sozialdemokratie ist eine sehr wichtige. Die seit Jahren vorbereiteten Umsturzideen können nicht mit einem Schlage beseitigt werden. Wir wissen sehr gut, was sich gegenwärtig in Frankreich vorbereitete und welcher unheimlichen Zukunft Europa entgegensteht. Ich werde deshalb Maßregeln zustimmen, welche gerichtet sind, sozialdemokratischen Ausschreitungen entgegenzutreten. Die Mahnungen der französischen und englischen Presse, die uns hofmeistern wollen, haben auf mich nicht den geringsten Eindruck gemacht; das Gleiche haben wir vor dem Sozialistengesetz erlebt. Und was die Entrüstung der Inländer anlangt, so erinnert diese Agitation an die schlimmsten Zeiten des Deutschen Bundes. Wohin sollen wir kommen, wenn die Einzelkämpfe in dieser Weise die Centralgewalt beeinträchtigen wollen. Das ist der schlimmste Partikularismus, auf den wir nichts zu geben brauchen. Der Vorlage kann ich nicht zustimmen, weil ich darin eine Aenderung unseres Verfassungsrechts erblicke, und weil solche Fragen mit richtiger Strenge behandelt werden müssen. Der Abg. v. Kleff hat erklärt, daß wiederum ein konservativer Zug durch das Volk gehe. Wenn Herr v. Kleff glaubt, daß dieser konservative Zug derselbe Geist sei, wie in den 50er Jahren, wo man bestrebt war, einen Verfassungsartikel nach dem andern zu beseitigen, dann irrt er. Das Volk ist heute konservativ in dem Sinne, daß es die Befestigung unseres politischen Zustandes will, aber dazu gehört vor Allem die Achtung vor unserer Verfassungsorgane. Die Vorlage ist auch sachlich nicht haltbar. Die Regierung überschätzt die Disziplinarmaßnahmen. Anstandsverletzungen sind in diesem Hause selten vorgekommen. Es kommt ferner hinzu, daß die Umsturzbestrebungen bei uns in Deutschland und auch in diesem Hause nur in einer Minderheit ihre Vertretung finden. Wir würden also mit solchen Gesetzen nur verhindern, daß äußere Scandalen, die überdies nur selten vorkommen, verhindert werden. Solche beschränkten Ziele scheinen mir aber einer Verfassungsänderung nicht werth. Die Vorlage greift auch in unsere Befugnisse ein, deshalb müssen wir „Nein“ sagen. Wir können uns nach alledem auf die Spezialberatung der Vorlage nicht einlassen, denn wie beabsichtigen nicht, unsere Rechte mit dem Bundesrathe zu theilen. Aber damit sind wir nicht der Verpflichtung überhoben, unsere Geschäfts-Ordnung zu verändern und den Erfordernissen gemäß zu er-

gänzen. Lassen Sie, m. H., aus daher heute „Nein“ sagen und beauftragen wir unsere Geschäfts-Ordnungs-Kommission, uns Abänderungsvorschläge zu machen.

Abg. v. Gossler (Cons.) befürwortet den Antrag seiner Partei, der lediglich darauf abzielt, die Geschäftsordnung im Sinne der Vorlage zu ergänzen. Er bedauert, daß der Reichstag die Vorlage nicht einer Kommission zum Bericht übertragen habe, ein solches Verfahren hätte zum Ziele geführt. Die Macht des Präsidenten müsse auf jeden Fall verstärkt werden. Gewisse unziemliche Äußerungen, wie sie wiederholt hier gehört worden, müsse der Präsident ohne Appell an das Haus zu unterdrücken das Recht haben. Solche Reden werden in der Öffentlichkeit gemeingefährlich. Auf die Urtheile der öffentlichen Blätter über diese Vorlage näher eingehend, glaubt der Redner, d. h. einzelne Blätter der nationalliberalen Partei, ja selbst die „Staatsbürger-Ztg.“, sich viel freundlicher zu dieser Vorlage gestellt hätten, als dies die nationalliberale Partei hier im Hause thue. Die Blätter hätten stets anerkannt, daß in der Regierungsvorlage ein gewisser wohlberechtigter Kern enthalten sei. Darum wolle der Reichstag heute etwas a limine zurückweisen, was er vor 2 Monaten noch als diskutierbar bezeichnet habe. (Widerspruch.) Der Antrag seiner Partei entkräftet alle Argumente der liberalen Parteien und beseitigt auch das Wort „Ungebühr“, der Antrag verdiene die vollste Berücksichtigung, umso mehr, als der Reichstag dem deutschen Volke verantwortlich sei für alle Schäden, welche durch die Diskussionen im Hause entstehen. Wie sei man noch Herr der Situation; man müsse einschreiten, ehe es zu spät wird. Redner ersucht nochmals um Ueberweisung der Vorlage nebst Amendements an eine Kommission; denn nur in einer solchen kann man sich verständigen. Das Sozialistengesetz sei vom Volke mit großem Danke empfangen worden. Auch heute mögen alle Parteien zusammenstehen und das damals begonnene Werk vollenden, ein Werk, für welches alle nachfolgenden Generationen dankbar sein werden. Nehme man daher seinen Antrag an. (Beifall.)

Abg. Dr. Zimmermann (Berlin) wendet sich gegen die Vorlage und beleuchtet die Verhältnisse des englischen Parlaments in eingehender Weise. Diese Verhältnisse seien durchaus nicht derartig, um auf Grund derselben mit Repressiv-Maßregeln im deutschen Reichstage vorzugehen. Man möchte nur bedenken, daß dem deutschen Volke das englische Recht, Preß- und politische Verbrechen durch Geschworene beurtheilen zu lassen. Es sei sehr zu beklagen, daß der Reichstag dem deutschen Volke dieses Palladium der Freiheit vorenthalten habe, befehlen wir es, dann könnten wir allerdings auf die Vorlage eingehen. Wir haben wiederholt in wichtigen prinzipiellen Fragen Vertrauen zur Regierung gezeigt, warum will die Regierung kein Vertrauen zum Reichstag haben. Immer, wenn man uns Rechte nehmen will, greife man auf englische Verfassungsgutachten zurück, die Freiheiten anderer Verfassungsstaaten hält man uns aber nicht vor. Ich werde deshalb gegen jeden Antrag stimmen.

Abg. Windthorst-Meyen: Der Abg. von Treitschke hat es für nothwendig erachtet, das Vorgehen der Einzelkämpfe einer sehr verheerenden Kritik zu unterziehen, natürlich mit den obligaten partikularistischen Tendenzen. Ich muß als Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und im Namen meiner Freunde aus Bayern eine derartige Kritik absolut ablehnen. Es berührt diese Frage auch gar nicht den Reichstag allein, denn etwaige Beschlässe des Reichstages würden sehr bald auch auf die Einzelkämpfe übertragen werden. Es ist unmöglich, aus den Verhandlungen des Reichstages Thatsachen und Menschen, die außerhalb des Hauses stehen, auszuscheiden und eine Kritik derselben zu vermeiden. Solche Privilegien mögen außerhalb des Hauses unangenehm empfunden werden, aber sie sind die nothwendige Folge des öffentlichen Lebens. Niemand wird schämen in und außer dem Hause angegriffen, also ich, hier habe ich mich nach Kräften gewehrt, draußen nie und bin dabei sehr gut gefahren. Meine Privatbeziehungen haben darunter nie gelitten. Das wird auch anderen wohl so gegangen sein, z. B. dem Abg. Vöcker. Die lebendige Rede kann nicht vorher eingeübt sein, man soll deshalb über etwaige Mißgriffe nicht gleich Wuth und Brand schreien. Wer Theil an der freien Diskussion nimmt, hat es schwerer, und selbst der Reichskanzler hat sich manchmal in seinen

Ausdrücken verirrt. Mich hat immer ein solches freies Manneswort von ihm gefreut. (Beifall.) Wenn ein außerhalb des Hauses Stehender glaubt, vor einem Abgeordneten beleidigt zu sein, so braucht er das nur unter Nichtbeachtung der Thatsachen dem Präsidenten zu schreiben, der den Brief dem betreffenden Abgeordneten mittheilt. Dieser wird dann schon von der Öffentlichkeit veranlaßt, das Nöthige zu erklären. Die beste Korrektur ist die öffentliche Meinung, die schließlich doch sich immer zurechtfindet. Ich bin nicht blind gegen die Bedeutung des Sozialismus, ich bin überzeugt, daß seine Lehren falsch, verderblich und gefährlich sind. Ich befürchte auch wie der Abg. von Treitschke, daß demnächst ein Moment kommen kann, wo von Frankreich aus die sozialistische Fahne den Armen vorangetragen wird, wo die von vielen Stellen so sehr verhasste Republik eine weniger angenehme Physiognomie annimmt wie bisher. Der Reichskanzler ist aber in absolutem Irrthum, wenn er glaubt, daß wir mit der Ablehnung dieser Vorlage zu erkennen geben, wir wollten ihn in seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie nicht mehr unterstützen. Es kommt nur auf die Mittel an; die bisher von der Regierung angewandten halte ich für falsch und wirkungslos. Durch physische Repressivmaßregeln macht man den Druck intensiver und ich wünsche nicht, daß die Wirkungen dieser Kompression bei der demnächstigen Explosion miterleben.

Abg. Graf Frankenberg: Hätten der Abg. Windthorst und diejenigen Mitglieder seiner Partei, welche ich früher oft in den Salons gesehen habe, über deren Gespräche er sich beschwert hat, es nicht leider aufgegeben, dort noch zu erscheinen, so würden sie sich überzeugen, daß das, was dem Abg. Windthorst aus dritter oder fünfter Hand zugekommen ist, bedeutend übertrieben und daß sehr viel Klatsch mituntergelaufen ist. Wir wollen durch unsere Resolution eine Kommission einsetzen. Wenn das Bedürfnis für dieses Gesetz gezeugt wird, so will ich einige Beispiele von Dingen anführen, die hier gesagt worden sind. (Redner citirt Stellen aus Reden von Sozialdemokraten, in denen die Pariser Kommune vertheidigt wird.) Es ist ausgerufen worden: „Die Geschäfte werden auch über diesen Reichstag zur Tagesordnung übergeben, der nichts ist, als das Feigenblatt des noch nicht abgeschafften Absolutismus!“ (Beifall und Widerspruch.) Welches Parlament hätte sich eine solche Äußerung in's Gesicht schleudern lassen (Dho!) und sich mit dem Ordnungsruf des Präsidenten begnügt? Der Reichstag ist ferner einmal als „Jagdmaschine des Fürsten Bismarck“ bezeichnet worden. Bei Abänderung der Gewerbeordnung wurden Laffen und Madal als typische Gefallen bezeichnet, welche den Mißbrauch der Amtsgewalt gewerbemäßig treiben. Der Präsident erklärte hierauf, „daß die Würde der Tribunale es erfordere, daß solche Angriffe auch mit speziellem Thatsachen belegt würden“, weiter dürfte er nach der Geschäftsordnung nicht geben. Ich denke, diese Beispiele genügen. Dieses Gesetz beruht auf inneren Vorgängen im Reichstage und ist nothwendig. Ich bitte, weitere Verhandlungen im Innern des Hauses nicht zurückzuweisen, sie würden sonst nur auf schmerzhafteste Weise wiederkehren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gaeß: Die Privilegien der Abgeordneten beruhen darauf, daß da, wo die höchsten Angelegenheiten des Staats in dem höchsten Rath der Krone verhandelt werden, Privatinteressen und Privatinteressen zurücktreten müssen. Nach der Erfahrung aller Zeiten dürfen wir vertrauen, daß die Würde staatlicher Verhandlungen eine solche Berücksichtigung immer wieder auf die Höhe ihres Rufes erheben wird, trotz zeitweiser und vereinzelter Verirrungen. Halten wir es für Recht, daß ein höchster Gerichtshof, ebenso wie auch ein kollegialer Staatsrath, die Disziplin seiner Mitglieder selbst zu regeln hat, so werden wir dasselbe Recht auch für beide Häuser eines Parlaments gelten lassen können und müssen. Das englische Parlament hat dies seit Jahrhunderten anerkannt, zugleich aber dafür gesorgt, das Privilegium nicht weiter auszuweihen, als sein staatlicher Zweck reicht. In England ist jede Berichterstattung über die Verhandlungen zu beurtheilen nach dem Gesichtspunkt einer an sich erlaubten Veröffentlichung des Ganges, so lange sie sich darstellt als ein sachlicher Bericht, bona fide, pro bono publico, erstattet. An diesem Punkte ist es nun aber, wo in Deutschland die Abweichungen vom gemeinen Recht anfangen. Wir haben die

Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen schrittweise errungen. In dieser Lage war der Gesichtspunkt der deutschen Reichsvertretung auf Abwehr und Schutz gerichtet durch unabweisende Deklaration. Man glaubte sie gefunden zu haben in der Form: „Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei“. Allein wie häufig, so hat auch hier der geschriebene Buchstabe unwillkürlich das Recht selbst geändert. Es zeigt sich immer mehr, daß diese Formel keine Deklaration des gemeinen Rechts, sondern ein positives Privilegium enthält. Wahrheitsgetreue im vollen Sinne lassen sich mündliche Verhandlungen überhaupt nicht wiedergeben: das Merkmal der Wahrheitsgetreue enthält daher eine einseitige Verweisung auf die Wortschöpfung, die allein sich trenn wiedergeben läßt. Es entsteht dadurch ein, anderen Gesetzgebungen fremdes formales Recht auf die straffreie Veröffentlichung des Wortlautes, vermöge dessen unsere Berichte den publizierten Wortlaut für straflos erklären müssen, wenn er nur in nothdürftigem Zusammenhang wiedergegeben und nicht durch grobe Verstümmelung oder Zuspätschiebung entstellt ist. Es ist dies ein Privilegium für Jedermann, am meisten für die Verläumder. Der Verläumder braucht nur einen leichtgläubigen Abgeordneten zu suchen, um durch dessen Mund monumentale Paquille zu schaffen. Der betreibende Theil kann die Schmähschrift in Form einer Rede mit einer leichten Einrahmung anderer Reden selbst zehntausendfach drucken lassen und zehntausendfach verkaufen an die geeigneten Adressen. Die Staatspost selbst muß die Zustellung besorgen. Dagegen giebt es keine Beschlagnahme. Dies formale Recht zur Publikation des Wortlautes ist es, welches den Charakter der deutschen Parlamentsverhandlungen wesentlich zu ändern droht. Gegen solche Art der Entehrung ist jede private Verächtung und jeder Widerruf unwirksam. Es giebt dagegen keinen Schutz außer der Verantwortlichkeit der öffentlichen Meinung. Ebenso schulplos steht aber auch das öffentliche Interesse dem Doppelprivilegium gegenüber, durch welches jeder direkte Aufruf zum Ungehorsam, Aufruhr, Landesverrath ungehindert sogar durch die Organe des Staats verbreitet werden muß. Ich weiß wohl, wie dem Mißstand zu helfen wäre. Der § 1 unseres Gesetzentwurfes müßte lauten: „Die Strafbarkeit der Verträge über Reichs- und Landtagsverhandlungen ist nach den allgemeinen Grundsätzen des Strafrechts zu beurtheilen.“ Ich stelle den Antrag nicht, weil ich ihn noch für verfrüht halte. Erst nach dem 1. Oktober d. J. im neuen System der Gerichtsverfassung wird ein solcher Antrag Aussicht auf Erfolg haben. Bis dahin können wir nur ein Interim schaffen und jeder Vorschlag in dieser Richtung wird derselben ungünstigen Kritik unterliegen, wie der Regierungsentwurf. Sollte aber das Haus wider den vorliegenden Entwurf annehmen, noch ein Interim vereinbaren, so wird es doch die Sache selbst wieder aufnehmen müssen; denn sie wird in keiner Session mehr zur Ruhe kommen, so lange deutscher Rechtszustand sich trenn bleibt und deutsche Juristen ihre Schuldigkeit thun.

Während der letzten Rede, mit welcher die Diskussion über die Paragraphen 1—4 der Vorlage geschlossen wird, ist Fürst Bismarck eingetreten.

Bei der Abstimmung werden die Amendements v. Hellbreich zu §§ 3 und 4 gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und eines Theils der Reichspartei abgelehnt.

Mit der Minorität stimmen u. A. Friedenthal, Falk, v. Bamhölter, Luchius; mit der Mehrheit Graf v. Helldorf, v. Kardorff, v. Schwarze. Mit derselben Majorität werden die §§ 1—4 der Vorlage en bloc abgelehnt, worauf Präsident v. Forckenberg erklärt, daß die folgenden §§ 5—10 damit folgerichtig ebenfalls abgelehnt sind, weil die in § 2 in Aussicht genommene und bereits zu Fall gebrachte Kommission des Reichstages in den §§ 5—8 und 10 wiederholt und § 9 auf den abgelehnten § 4 Bezug nimmt.

Die Debatte wendet sich nunmehr den beiden Resolutionen von Schwarze's und von Stauffenberg's zu.

Abg. v. Schwarze: Der erklärte Mißstand müsse beseitigt werden. Die Macht des Präsidenten müsse gestärkt werden. Um die angegriffene Ehre Auswärtiger zu schützen und das Sozialistengesetz in Bezug auf Berichterstattungen nicht illusorisch zu machen, müsse die Geschäftsordnung geändert

Werden. Die Resolution giebt nur diese Fingerzeige, ohne daß der Reichstag durch ihre Annahme gebunden wird.

Abg. Bejeler: Für die Regierungsvorlage bin ich nicht gewesen, weil sie die Autonomie des Hauses verletzt, die nicht nur ein Attribut des Parlaments, sondern jeder germanischen Korporation ist. Ebenso unannehmbar waren mir die Anträge v. Hellendorff, weil auch sie die Gesetzgebung in Anspruch nehmen. Dagegen liegen triftige Gründe zur Abänderung der Geschäftsordnung vor. Ich wünsche eine Prüfung der Geschäftsordnung auch darauf hin, ob wir, wie bisher, über Anträge auf Verhaftung eines Abgeordneten ohne *causa cognita* beschließen sollen. Ich empfehle den Antrag von Schwarze's.

Abg. v. Stauffenberg: Das Haus hat durch Ablehnung der Vorlage zu erkennen gegeben, daß ihm der Nachweis der Nothwendigkeit, den gesetzlichen Weg zu betreten, nicht erbracht ist. Wir können nun auch die Ziffer II der Resolution Schwarze nicht annehmen, weil dies ein entgegengegesetzter Beschluß in etwas anderer Form sein würde. Die Ziffer I dieser Resolution unterscheidet sich von meinem Antrage in einem fundamentalen Punkte. Der Antrag Schwarze setzt das Bedürfnis, Ergänzungen zu den Disziplinär-Vorschriften zu schaffen, schon als erwiesen voraus, namentlich in Bezug auf den Schuß Außenstehender. Ich will diese Frage hier im Hause nicht zur Entscheidung bringen, sondern sie der in den Präsidien verstärkten Geschäftsordnungskommission überweisen, denn ich halte den Nachweis des Bedürfnisses für noch nicht genügend erbracht.

In der Abstimmung wurde zunächst die Nr. 1 der Resolution v. Schwarze's gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Nationalliberalen (Gneiß, Wehrenpennig, v. Treitschke, Decker, Borretius, Witte, Meier-Bremen) sodann Nr. II gegen die Stimmen der Konservativen und des Abgeordneten Baumgarten abgelehnt.

Dagegen wird die Resolution von Stauffenberg's mit großer Majorität gegen die Stimmen der Fortschrittspartei und einzelner Konservativen angenommen.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

Tagesordnung: Etat.

Deutschland.

Berlin, 7. März. Gestern ist die Ratifikation des Weltpostvertrages vollzogen worden.

Der Kultusminister hat im Einverständnis mit dem Finanzminister bestimmt, daß den zur Zeit der Emanation des Gesetzes vom 9. März 1874 über die Beurkundung des Personstandes bereits im Amte befindlichen Geistlichen und Kirchendienern im Fall ihrer Emeritierung ein Anspruch auf Entschädigung aus der Staatskasse zustehe, wenn sie in Folge des durch das Gesetz herbeigeführten Ausfalls an Stolzgebühren eine Einbuße an ihrem Emeritengehalt erleiden. Diese Voraussetzung soll als zutreffend anerkannt werden, wenn das Emeritengehalt in einer Quote des früheren Amtseinkommens besteht und bei der Schätzung des letzteren der durch das Gesetz eingetretene Ausfall an Stolzgebühren nicht zur Berechnung gezogen ist. Die zu gewährenden Entschädigungen soll so bemessen sein, daß ihnen aus Staatsfonds eine gleiche Quote, wie ihnen von dem früheren Amtseinkommen überhaupt ausgezahlt ist, zur Entschädigung ad dies vitae fortbewilligt wird. Die den Emeriten aus ihrem Antrage festzusetzende Entschädigung soll nach dem Durchschnitt der ihnen in den drei letzten vom 1. Oktober bis 30. September jeden Jahres laufenden Entschädigungs-Jahren vor der Emeritierung aus der Staatskasse gezahlten Entschädigungen berechnet werden.

Eine Verfügung des Finanzministers bestimmt, daß unter der Bezeichnung „Reis“ auch verkleinerte Reis, also auch das derselben Tarifposition zugeordnete Reisemehl zu verstehen und vom Eingangs-zoll freizulassen ist, sofern es zur Stärkekaffination verwendet wird.

Ausland.

Paris, 6. März. Der „Temps“ meldet übereinstimmend mit meinen Informationen, daß die Annahme des Berichtes des Deputierten Briffon Regierung nicht die geringste Veranlassung gegeben habe, ihren sehr festen Entschluß, sich der Verfolgung des Rabinets Droglie zu widersetzen, aufzugeben. Wenn dagegen der „National“ wissen will, die im Berichte enthaltenen Beweise für die Schuld der Minister des 16. Mai hätten einen tiefen Eindruck gemacht, so beweist dies nur, daß der „National“ seit dem Sturze de Marcere's es nicht ungern sehen würde, wenn das Ministerium Waddington baldigst einer neuen Krise ausgesetzt wäre.

London, 6. März. Unterhaus. Auf eine Anfrage Cogan's erklärte Unterstaatssekretär Bourke, die Regierung habe den Antrag der Pforte auf Ernennung eines Finanzkommissärs in Erwägung gezogen und unterhandle auch mit der französischen Regierung; jeder Schritt in dieser Angelegenheit werde dem Hause mitgeteilt werden. Lord Hartington richtete die Anfrage an die Regierung, ob das Gerücht begründet sei, daß man wegen der Unruhen in Birma britische Truppen dorthin gesendet habe. Der Schatzkanzler Northcote erwiderte, weder von, noch auch der Unterstaatssekretär Bourke habe von einem solchen Gerüchte gehört, er wisse dasselbe deshalb für unbegründet halten. Endlich antwortete Unterstaatssekretär Bourke auf eine Anfrage Whitwell's, die ostrussische Kommission habe bereits 6 Kapitel der Verfassung für Osmellen, darunter das Kapitel über das Finanzwesen, ausgearbeitet, er sei überzeugt, daß dieselbe ihre Aufgabe vollständig lösen werde. Die Kammerung Kamellens von Sri-

ten der russischen Truppen werde mit Ablauf der im Vertrage bestimmten Frist erwartet, der Pforte sei vertragsmäßig gestattet, Grenzgarisonen zu unterhalten und im Falle von Unruhen Truppen in die Provinz einzürücken zu lassen.

Provinzielles.

Stettin, 8. März. Das Mädchen, welches sich gestern Morgen am Bollwerk aus dem Fenster gestürzt hat, war die unverheiratete Abellona Maas aus Klosterlande, Kirchspiel Elmsborn, gebürtig; durch den Sturz erlitt dieselbe anscheinend nur eine Quetschung der rechten Hüfte, sowie eine Verletzung des Kinn. Nähere Ermittlungen haben ergeben, daß dieselbe am 1. d. M. auf Beschreibung aus Berlin hier eintraf und in der Restauration des Central-Bahnhofs als Wirthschaftsmamsell in Stellung trat. Bereits am Tage nach ihrem Antritt wurden von ihrer Herrschaft und dem anderen auf dem Bahnhof engagierten Personal an derselben Symptome von Geistesstörung wahrgenommen, sie glaubte sich stets verfolgt, bestohlen resp. verdrängt. Am 6. d. M. Nachmittags verließ sie ihre Stellung und begab sich ins Hotel Kaiserhof, trug sich im Fremdenbuch als von Berlin kommend ein und schrieb, ehe sie sich zur Ruhe legte, noch einen Brief und sendete denselben ab. Gestern Morgen versuchte sie sodann, wahrscheinlich in einem neuen Anfall von Geistesstörung, ihrem Leben durch den Sturz durch's Fenster ein Ende zu machen.

Gestern Vormittag wurde im Dünzig vor dem Freiburger Bahnhof eine unbekannte männliche Leiche treibend gefunden. Der Berunglückte, anscheinend dem Arbeiterstande angehörig, ist ungefähr 45—47 Jahre alt, mittlerer Statur, mit Vollbart, dunklem Schnurrbart und blondem Haar und muß schon längere Zeit im Wasser gelegen haben, da er schon theilweise in Verwesung übergegangen ist.

Der Vormund soll, nach der Vormundschaftsordnung, periodisch, in der Regel jährlich, über die Vermögensverwaltung Rechnung legen, und einen Vorbericht über den Ab- und Zugang des Vermögens beifügen. Einer ergangenen Entscheidung zufolge ist die Rechnung vom Vormund nur so, wie sie ein schlichter Hausvater legen kann, aufzustellen und eine andere dem Kalkulator zuzugende Form nicht zu verlangen.

Im Laufe des nächsten Sommers wird hier das „erste pommersche Bundesfest“ stattfinden.

In einer Anzahl preussischer Gemeinden wird die sogenannte *Mietsteuer* (ein fixer Prozentsatz sämtlicher Mietserträge) als Kommunalsteuer seit vielen Jahren erhoben. Zur Erhebung dieser Steuer sind aber nach dem Gesetz vom 30. Mai 1820 über die Einrichtung des Abgabewesens die Gemeinden nur in dem Maße (abgegeben) von den Fällen, in denen die Steuer auf landesherrlicher Bewilligung oder in der Gemeinde-Bewilligung beruht, berechtigt, wenn bereits im Jahre 1820, vor Emanation des erwähnten Gesetzes, bei ihnen die Mietsteuer bestanden hat. Dergleichen Gemeinden nun, welche zwar seit vielen Jahren die Mietsteuer unbeanstandt erheben, ohne daß es aber feststeht, ob bereits im Jahre 1820 diese Steuer erhoben worden, noch dies von dem Gemeindevorstande festgestellt werden kann, sind nach einem neuerdings ergangenen Erkenntnis des Ober-Berwaltungsgerichts vom 5. Februar d. J. zur Weitererhebung der Mietsteuer nicht befugt und haben die bereits erhobenen Beträge — insoweit nicht bereits die Verjährung eingetreten ist — den Steuerzahlern wieder zurückzahlen.

Stargard, 7. März. Die gestrige Versammlung des hiesigen Jagdschützen-Vereins für die Kreis-Präsidenten-Preis-Waldschützen-Meisterschaft im Hotel Café eröffnete Herr Rittergutsbesitzer Ehen auf Linde mit einem Berichte über das abgelaufene Geschäftsjahr. Der Kassenbestand beträgt danach 664 Mark und mit Hinzurechnung aufgelaufener Zinsen circa 700 Mark. Auch im vorliegenden Jahre sind für ermittelte Waldschützen denjenigen, welche sich darum verdient gemacht, Prämien gezahlt. Die Versammlung bewilligt sodann dem Gendarmen Giese zu Byritz eine Prämie von 30 Mark für ermittelten Waldschützen und für einen Forstbeamten im Mühlenthor Revier ein Ehrengeschenk für die mit persönlichem Muth zur Ausführung gebrachte Ergreifung eines Wildbundes, der in Gemeinschaft mit zwei Andern seit längerer Zeit die Forstreviere Mühlenthor, Bütt und Friedrichswalde unsicher gemacht hatte. Gleichzeitig wird beschlossen, die bezüglichen Landrathsämter und die Polizei-Behörde hierüber zu ersuchen, eine schärfere Bewachung des Wildpret Handels, wie sie namentlich in Stettin zur Ausführung gelangt, eintreten zu lassen und namentlich auf die Verkäufer von zur Schonzeit eingebrachten Hühn, Rehlälbern und Fasanenbrennen vigiliren zu lassen.

Wolgast, 6. März. Nach einer vorgestern hier eingegangenen Nachricht ist das zur hiesigen Rodeberg gehörige Schiff „Heinrich“, Kapit. Frip Schöel, von hier bei einem orkanartigen Sturme an der italienischen Küste in der Meerenge von Ditranto gestrandet. Das Schiff ist sofort versenkt. Dem Kapit. Schöel war es möglich gewesen, sich 3 Stunden lang in der Laskelle der Schiffstrümmern über Wasser zu halten und sich dann nach Abwerfen seiner Kleidungsstücke durch Schwimmen an's Land zu retten. Vor seinen Augen sind mehrere Leute der aus 9 Mann bestehenden, meist hier aus Wolgast gebürtigen Schiffbesatzung ertrunken; die jetzt ist nur von dem Kapitän selber die Nachricht hier, daß außer ihm noch der Schiffsjunge gerettet worden sei; über das Schicksal der übrigen Besatzung hatte der Kapitän bei der alsbald nach seiner Errettung erfolgten Absendung seines Briefes nach hier

noch keine Kunde, so daß es immerhin noch möglich ist, daß auch von der übrigen Besatzung noch der eine oder der andere gleichfalls gerettet sein mag.

Bermischtes.

Ein Ziegenbock als Mörder. Aus Roßel in Oberbayern wird geschrieben: In einer jener vielen Einöden, an welchen unser Alpenvorland so reich ist, lebte bis vor wenigen Tagen ein alter Bauer, der sein Kirschwasser stets arg mitnahm und daher täglich berauscht war. Natürlich wurde dann mit ihm Schabernack getrieben, und unter Anderem that man vor einigen Wochen einen schwarzen Ziegenbock zu ihm in die Stube. Die Dunkelheit und der physische Zustand des Alten wirkten so zusammen, daß er den Bock für den Satan hielt und diesem laut und festerlich gelobte, er wolle in Ewigkeit kein Kirschwasser mehr trinken, wenn er ihn nur heute verschone. Der Alte hielt sein Versprechen mehrere Tage, aber dann griff er doch wieder zur Flasche. Vorigen Samstag war er wieder in seinem früheren Zustande und schlief in der Stube, als die muthwilligen Diensthöden den schwarzen Bock zur Thüre hineinschoben. Es währte nicht lange, als der Schwarze an den Alten kam. Dieser erwachte, starrte mit Entsetzen den Ankömmling an und fiel dann todt von der Bank. Ein Schlagfluß hatte den Alten getödtet.

Von König Ludwig I. von Bayern werden in der „Frankf. Ztg.“ eine Reihe pikanter und beiziger Scenen erzählt, unter denen die nachstehende hier mitgeteilt sein mag. Ludwig besuchte sehr gerne die früher in der einsam an der Isar gelegenen „Tafelwirtschaft zum grünen Baum“ befindliche Abendgesellschaft der Münchener Hoffschau-spieler, in der sich auch andere Künstler und Kunstfreunde bewegten. Eines Abends, nachdem er in Folge einer Reise längere Zeit von der störenden Vertreibung fern gewesen, trat er zu später Stunde unvermuthet in die bescheidene Kneipstube des munteren Bäckchens, die derart von Tabaksqualm und Stimmengeräusch erfüllt war, daß der späte Ankömmling nicht gleich bemerkt ward. Am lautesten und lustigsten war die sowohl ihrer künstlerischen Leistungen als ihrer Schönheit wegen hervorragende Schauspielerin Sch., die mit dem Rücken gegen die Thür saß. Ludwig, der eben erst von den Nachstehenden bemerkt wurde, trat schnell von rückwärts an die Künstlerin heran, verdeckte ihr mit seinen Händen die Augen und fragte: „Nun, schöne Sch., wenn gehören die Hände, die Ihnen das Licht rauben?“ „Bravo L., sehr gut, Sie kopiren den Ludwig wieder famos!“ Ludwig ließ die Schauspielerin, die jetzt erst merkte, welch kolossalen Scherz sie gemacht, rasch los: „Was, der L. kopirt mich?“ Und den unglücklichen Witzen, der sich eben aus dem ihm plötzlich schmal gewordenen Raum zu drücken beabsichtigte, erwiderte, rief er: „Halt, L., dableiben und mich kopiren!“ L. war zwar keineswegs schüchtern, aber den König, dessen Eitelkeit bekannt war, in dessen eigener Gegenwart mimisch nachzuahmen, ging ihm denn doch über den Spaß, und er suchte sich deshalb durch Entschuldigungen aus der Klemme zu ziehen. Aber Ludwig, der ausnehmend guter Laune war, ließ sich nicht mit verlegenen Anstreben abfertigen, sondern bestand bestimmt auf seinem Willen, so daß dem Komiker nichts übrig blieb, als Folge zu leisten. Seines Originalen Pose annehmend, begann er in dessen hohler, bisweilen flüsternd und etwas ansehnlicher Art mit gewaltiger Stimme: „Kabinetsthat Riebel, der L., ein Teufelskerl, kopirt mich ausgezeichnet, — zahlen ihm dafür dreihundert Gulden zum Schuldenzählen!“ — „Schon gut, schon gut,“ fuhr Ludwig dem lächeln Witzling ins Wort, „hab' schon genug an der Probe,“ er mochte fürchten, L. würde in seinen freigelegten Anweisungen an die Kabinetstasse fortfahren. Aber er lachte herzlich über die Scene und L. belam wirklich, wenn auch vielleicht nicht die von ihm selber diktierte Summe, so doch immerhin ein annehmbares Honorar für seine außertheatralische mimische Leistung.

Literarisches.

Allgemeine Geschichte in Einzelbarstellungen, herausgegeben von Wilhelm Anden. Mit Karten, Plänen, Illustrationen u. Ca. 40 Bände, in ungefähr 100 Abtheilungen à 3 M. (Berlin, G. Grote.)

Von dem schönen Werk, dem allseitig eine sensationelle Aufnahme zu Theil geworden ist, liegt nun auch die zweite Abtheilung dem Urtheil vor. Dieselbe beschließt die altperische Geschichte von E. Jung und befaßt uns in den hohen Erwartungen, welche wir von dem großen Geschichtswerke hegen. Dasselbe steht durchaus auf dem Boden unserer nationalen und zeitgenössischen Wissenschaft. Es vermittelt in anziehender Darstellung nicht nur den oberen Zehntausend, sondern allen strebenden Gebildeten die Resultate der reichen Quellenforschungen der letzten Jahrzehnte und — was nicht genug betont werden kann — es umgibt durch Zergliederung des gewaltigen Stoffes in Epizyklonthe, die von den herausragenden Gelehrten behandelt werden, die Gefahren, an denen auch der gelehrteste Einzelforscher scheitern mußte, der es unternahm, aus eigener Kraft alles die Geschichte der Menschheit zu lehren.

Die kulturhistorischen Illustrationen, Karten und Beilagen bewahren sich auch in der vorliegenden zweiten Abtheilung als den wissenschaftlichen und praktischen Werth des Werkes erhöhen.

Biehmarkt.

Berlin, 7. März. Es fanden zum Verkauf: 100 Rinder, 1075 Schweine, 791 Kalber 611 Hammel.

Sowohl bei Rindern wie bei Schweinen fehlte heute Prima-Qualität gänzlich.

Rinder wurden nur zu zwei Drittheilen geräuhert und zirkelten bei mäßigem Geschäftverlauf für Septemb. 49—52, Tertia 39—41 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Schweine hinterließen zwar nur geringen Ueberstand, doch konnten die Preise nicht über die letzt erreichte Höhe hinaus und zwar: Landschweine 45 bis 46, Rassen 38—40 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Kalber wurden bei sehr gedrängten und langsamem Handel nur mit 40—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Der Begehr für Hammel war wieder einmal so verschwindend gering, daß keine maßgebenden Preise genannt werden können.

Telegraphische Depeschen.

Paris, 7. März. Die Kommission für die Untersuchung der Affäre der Regierung vom 16. Mai 1877 beriet heute unter Zugiehung der Minister des Innern und der Justiz, Lebere und Leroyer. Letztere erklärten, das Kabinet habe von dem Berichte der Kommission Kenntniß genommen, müsse aber an seinem Entschlusse festhalten, eine Vernehmung der Minister vom 16. Mai in den Anklagezustand zurückzuführen. Die Kommission trat, nachdem die Minister die Sitzung verlassen hatten, alsbald in die nochmalige Berathung der Angelegenheit ein und beschloß mit 21 gegen 7 Stimmen, die Vernehmung der Minister vom 16. Mai in dem Anklagezustand zu beantragen.

Die Kommission für Prüfung der Vorlage betreffend Zurückverlegung des Sitzes der Kammer nach Paris hatte den Konseilpräsidenten Waddington zu ihrer heutigen Sitzung eingeladen. Waddington erklärte, er werde der Vorlage nicht entgegen sein, wenn eine Ermächtigung durch den Kongress erfolgen sollte; gleichwohl müsse er beantragen, daß die Frage bis dahin vertagt werde, wo die Frage wegen des Prozesses gegen die Minister vom 16. Mai eine Lösung erfahren habe.

Das linke Centrum hat beschlossen, die Zurückverlegung der Kammer nach Paris nicht zu unterstützen, weil es diese Frage als inopportun betrachte. Ferner beschloß das linke Centrum, daß sich keines seiner Mitglieder als Mitglied in einer anderen parlamentarischen Gruppe einschreiben lassen dürfe.

London, 7. März. Im Unterhause machte heute der Parlaments-Unterstaatssekretär im Departement für Indien, Stanhope, die Mittheilung, daß der Botschafter von Indien im Hinblick auf die jüngsten Unruhen in Birma die Besatzung von Britisch-Birma durch 2 Regimenter Eingeborne und durch ein englisches Regiment verstärkt habe.

Napel, 7. März. Die Verhandlungen im Prozesse Bassanante wurden heute fortgesetzt. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte, dieselben in Abwesenheit des Angeklagten zu führen, weil derselbe von den gestrigen Verhandlungen noch sehr aufgeregt und körperlich ganz erschöpft sei. Der Gerichtshof beschloß indeß, den Angeklagten aufzufordern, zu erscheinen. Bassanante erschien darauf und wählte der weiteren Verhandlung meist weinend bei. Nachdem der bereits bekannte Bericht der Sachverständigen über Bassanantes geistigen Zustand verlesen worden war, nahm der Staatsprokurator das Wort, bestritt die geistige Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten, wies auf die Möglichkeit hin, daß Bassanante Komplizen habe, erklärte das Alibi für die Folge einer Verschönerung und beantragte von den Geschworenen ein verurtheilendes Verdict. Der Verteidiger Tarantini machte darauf aufmerksam, daß ihm die Vertheidigung des Angeklagten durch seine Pflicht auferlegt sei und ging dann auf eine Prüfung des Vorlebens des Angeklagten, sowie auf eine Erörterung der von demselben herrührenden Schriften ein. Ferner wies der Verteidiger auf die Zeitumstände hin, unter welchen das Alibi beantragt wurde, acceptirte die von den Sachverständigen ausgesprochenen gutachtlichen Ansichten und bat schließlich die Geschworenen, daß sie Milderungsgründe zulassen möchten.

Nach einer unabhängigen Unterbrechung der Sitzung folgte eine kurze Replik des Staatsprokurators und eine gleichfalls kurze Erwiderung des Verteidigers. Nach dem hierauf folgenden Resümee des Präsidenten zogen sich die Geschworenen zur Berathung zurück. Das 10 Minuten später bei der Rückkehr der Geschworenen in den Sitzungssaal verkündete Verdict lautete auf: Schuldig ohne Zulassung von Milderungsgründen, und wurde Bassanante in Folge dieses Wahrspruchs vom Gerichtshof zum Tode verurtheilt.

Konstantinopel, 7. März. Die hiesige „Agence Havas“ meldet, daß die Pforte ihren Kommissären zur Befestigung der griechischen Grenze keine neuen Instruktionen geschickt hätte, so hätte die griechische Regierung auf eine sofortige Entsendung derselben bei der Pforte gedrungen und erklärt, daß sie anderen Falles ihre Kommissare abberufen werde. Zugleich hätte Griechenland die Vermittlung der Mächte angeregt.

Konstantinopel, 6. März. Regierungssitzung wird bekannt gegeben: Der Rückmarsch der russischen Truppen dauert fort; je nachdem dieselben die von ihnen innegehabten Ortschaften verlassen, werden diese von den türkischen Truppen in Besitz genommen. Letztere sind an Zahl fast genug, um in allen Gebieten etwaige Kundgebungen Eritens der Bevölkerung, welche die Ordnung und öffentliche Ruhe stören könnten, zu verhindern und im Nothfall wirksam gegen jeden Versuch in dieser Richtung aufzutreten.

Entbindungs-Anzeige.

Heute früh 8 Uhr wurde meine liebe Frau von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Stettin, 8. März 1879.

A. Gutke, Rathheller.